



Redebeitrag zu TOP 16

Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

Brandschutz ist eine kommunale Aufgabe und der einzige Bereich des Katastrophenschutzes, den wir als Stadt nicht nur erfüllen müssen, sondern auch gestalten können. Nachdem wir nun fast ein Jahr auf den aktualisierten Bedarfs- und Entwicklungsplan gewartet haben, hat sich der Blick auf den Katastrophenschutz gewandelt: Die schrecklichen Ereignisse in RLP, NRW und Bayern haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere Rettungssysteme sind und wie wichtig die Arbeit der ehrenamtlichen Feuerwehrleute ist – obwohl es gar nicht gebrannt hat.

Zunächst einmal wissen wir aber auch mit dem aktuellen Plan: Bensheim ist gut aufgestellt, wir haben eine gut ausgestattete Feuerwehr und entsprechende Gebäude. Hier und dort gibt es Handlungsbedarf, nichts ist akut, aber einige Projekte stehen in den nächsten Jahren an – und damit auch nicht unerhebliche Investitionen in Millionenhöhe. Wir sind der Meinung: Das ist richtig so! Ein kaputtgesparter Katastrophenschutz kostet Menschenleben, das haben wir jetzt schmerzhaft erleben müssen. Deswegen braucht es auch ein breites Bekenntnis zur Ausstattung der Feuerwehren.

Was uns aber besonders wichtig ist und wo der Entwicklungsplan auch das düsterste Bild zeichnet, das ist die Mitgliederstruktur und die Anzahl der einsatzfähigen Feuerwehrleute, die kontinuierlich sinkt. Es fehlt der Nachwuchs. Deswegen halten wir Grüne die Schaffung der geforderten Stelle für Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung sowie die Anwerbung junger Menschen für ausgesprochen wichtig.



Sich an dieser Stelle festzuhaken, wie es die Koalition tut, halten wir für fatal. Immerhin haben Sie, Herr Heinz, das Problem im HFA deutlich benannt. Von den übrigen Partnern kommen nur faule Ausreden. Auch ich sage es noch einmal: Es war genug Zeit, die Unterlagen zu studieren und es gab genug Zeit, die Fragen rechtzeitig zu stellen. In der Antwort der Verwaltung wurde ja noch einmal deutlich: Brandschutzerziehung ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe und der Ist-Zustand der Personalausstattung führt dazu, dass Lehrangebote an Schulen und Kindergärten abgesagt oder verschoben werden müssen und Anfragen nicht erfüllt werden können. Anfragen für einmalige Angebote wohlgemerkt, also einmal im Jahr. Was wir brauchen, um einerseits die Fähigkeit zum Selbstschutz der Bevölkerung zu garantieren und andererseits die Nachwuchsfrage der FFW zu lösen, ist ein regelmäßiges Angebot.

Machen wir es kurz: Wir halten diese Aufgabe für extrem wichtig – in Anbetracht der Erkenntnisse der letzten Monate für umso wichtiger. Weil einfach in der Bevölkerung sehr viel Wissen fehlt, wir uns zu sehr ausruhen auf App-Warnung und der fatalen Garantie, dass irgendwer schon helfen kommen wird.

Wir sind den vielen ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrleuten zutiefst dankbar für ihren Einsatz – an 365 Tagen im Jahr ihr Leben zu riskieren in Notsituationen.

Vielen Dank!

Moritz A. Müller
Stadtverordneter